Publikation: osso **Pagina:** 6 **Ist-Farben:** cmyk0
Ressort: so-pw **Erscheinungstag:** 24. 11. 2013 **MPS-Planfarben:** cmyk

Merkel will mit Putin über die Ukraine reden

BERLIN/MOSKAU. Nach dem Angebot des russischen Präsidenten Wladimir Putin, gemeinsam mit der EU über die Zukunft der strategisch wichtigen Ex-Sowjetrepublik Ukraine zu sprechen, geht die deutsche Kanzlerin Merkel auf Russland zu. Bundeskanzlerin Angela Merkel sucht nach der vorläufig von der Ukraine gestoppten EU-Annäherung ein klärendes Gespräch mit Putin. «Ich werde bei nächster Gelegenheit mit dem russischen Präsidenten dann auch über dieses Thema sprechen», kündigte Merkel gestern in ihrem wöchentlichen Video-Podcast an.

Auch Kiew will Gespräche

Putin hatte zuvor vorgeschlagen, in Dreier-Gesprächen mit der EU über die Zukunft des zweitgrössten Flächenstaates Europas zu sprechen. Die Europäische Union und Russland wollen die Ukraine, die ein wichtiges Transitland für Gaslieferungen in den Westen ist, jeweils stärker an sich binden. Nach Drohungen Russlands, der Nachbar werde im Fall einer Partnerschaft mit der EU alle bisherigen wirtschaftlichen Vorteile verlieren, hatte die Ukraine am Donnerstag ihren Annäherungskurs gestoppt. Die Regierung in Kiew will nun ebenfalls Dreier-Gespräche, um Konfliktthemen aus dem Weg zu räumen. (sda)

IRAN

Atomstreit: Kurz vor einem Durchbruch

GENF. Bei den Atomverhandlungen stehen der Iran und die fünf UNO-Vetomächte und Deutschland kurz vor dem Durchbruch. Das sagte der iranische Vizeaussenminister Abbas Araghchi am Samstagabend. «Wir stehen kurz vor der Unterzeichnung eines Abkommens», sagte er. Die Verhandlungen würden in der Nacht weitergehen und wohl noch bis heute Mittag andauern. (sda)

ITALIEN

Berlusconi will keinen Sozialdienst leisten

ROM. Der wegen Steuerbetrugs verurteilte ehemalige italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi hat von Präsident Giorgio Napolitano seine Begnadigung verlangt. Seine Verurteilung zu einem Jahr Sozialdienst sei eine Niederträchtigkeit. Ihn zum «Reinigen von Toiletten» zu zwingen, würde das gesamte Land der Lächerlichkeit preisgeben, erklärte er gestern vor Parteianhängern. (sda)

Am Weltklimagipfel in Warschau wurde klar: Einige Entwicklungsländer können sich nur schwer damit abfinden, dass auch sie etwas für den Klimaschutz tun sollten.

Klimagipfel vor Flop bewahrt

CHRISTIAN MIHATSCH

WARSCHAU. Die gute Nachricht vorweg: Bei den Klimaverhandlungen ist der Gegensatz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Geschichte. Jetzt heisst es: «die Willigen gegen die Unwilligen», wie der Sprecher von EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard sagt. Denn die schlechte Nachricht ist: Es hat sich ein neuer Block gebildet, die Gruppe der Gleichgesinnten, die an der Brandmauer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern festhalten will. «Wenn ich meinen chinesischen Kollegen reden höre, fühle ich mich wie in einer Zeitschleife gefangen», bemerkte der Leiter der US-Delegation, Todd Stern.

Eigentlich grosse Fortschritte

Mitglieder dieser Bremserallianz sind China, Indien, einige südamerikanische Länder wie Venezuela und Opec-Staaten wie Saudi-Arabien. Sie wollten verhindern, dass die Länder ihre CO_2-Reduktionsziele bereits Anfang 2015 bekanntgeben müssen. Denn dann bleibt genug Zeit, um diese Ziele zu überprüfen, bevor Ende 2015 ein neuer Weltklimavertrag verabschiedet wird. Dies ist ihnen aber nicht gelungen. Dafür spricht der Text nun von «Beiträgen» der Länder zum Klimaschutz und nicht mehr von «Verpflichtungen». Ein Rückschritt, der die Hoffnungen auf einen grossen Wurf nicht erfüllt hat. Und diese waren gross: Denn die Klimakonferenz in Warschau, die um den gestrigen Samstag verlängert wurde, diente der Vorbereitung für den neuen Weltklimavertrag, der 2015 in Paris abgeschlossen werden soll.

Insbesondere China wird für seine Haltung kritisiert: «China macht grosse Fortschritte beim Kampf gegen die Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke und beim Ausbau erneuerbarer Energien. Aber das übersetzt sich noch nicht in den Willen, auf globaler Ebene eine Führungsrolle zu übernehmen», sagt Martin Kaiser, der Chef der Greenpeace-Delegation.

«Verluste und Schäden»

Die schwersten Auseinandersetzungen gab es aber bei einem anderen Thema: der Schaffung eines «Mechanismus» für «Verluste und Schäden» durch den Klimawandel. Hier forderten die Entwicklungsländer eine neue Institution mit eigenem Geld. Sie hoffen so, ihrem Ziel von Kompensationen für Klimaschäden näher zu kommen. Besondere Brisanz erhielt dieses Thema durch den Supertaifun Haiyan in den Philippinen, dessen Kosten mittlerweile auf sechs Milliarden Dollar geschätzt werden. Doch die Industriestaaten lehnen eine neue Institution vehement ab und sehen «Verluste und Schäden» als Teil des Fonds für die Anpassung an den Klimawandel. Damit konnten sich die Industriestaaten schliesslich durchsetzen. Um dem Anpassungsfonds grössere Glaubwürdigkeit zu verleihen, haben einige EU-Länder dessen Mittel auf 100 Millionen Dollar aufgestockt, sodass der Fonds nun arbeitsfähig ist.

Kurz vor Aufnahme seiner Tätigkeit steht ausserdem der Green Climate Fund, dessen Statuten in Warschau abgesegnet wurden. Hier hat man sich darauf geeinigt, dass jedes Projekt zuerst auf seine Wirksamkeit geprüft wird, bevor es gefördert werden kann.

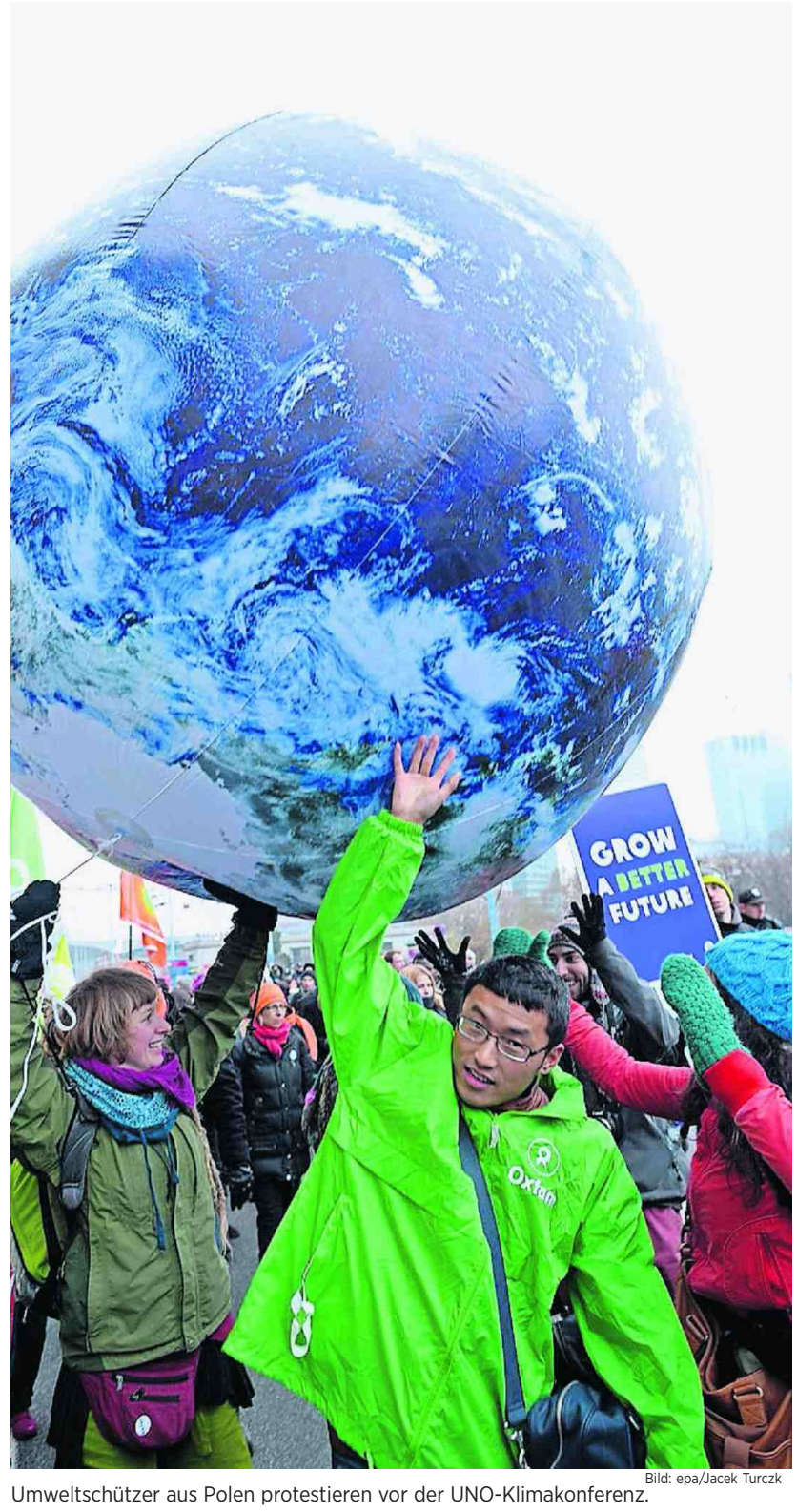

Bild: epa/Jacek Turczk

Umweltschützer aus Polen protestieren vor der UNO-Klimakonferenz.

Ungelöste Fragen

Ungelöst bleibt allerdings die Frage, wie viel Geld den verschiedenen Klimafonds zur Verfügung steht und woher dieses Geld kommt. Im Jahr 2009 hatten die Industrieländer versprochen, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar bereitzustellen – zusätzlich zur bestehenden Entwicklungshilfe. Hier wollten die Entwicklungsländer einen Fahrplan sehen, der zeigt, wie die Klimahilfen anwachsen und wie viel Geld vor 2020 bereitgestellt wird. Diesen Fahrplan haben sie nicht bekommen, nicht zuletzt weil noch unklar ist, woher das Geld kommt: entweder aus den Staatshaushalten der Industriestaaten oder aus der Wirtschaft.

Einige Länder haben allerdings bereits grosszügige Zusagen gemacht. So hat Japan angekündigt in den nächsten drei Jahren 16 Milliarden Dollar auszugeben. Dabei handelt es sich aber um eine Art Ablass: Tokio hat gleichzeitig angekündigt seine Emissionen bis 2020 nicht um 25 zu senken, sondern um drei Prozent im Vergleich zu 1990 zu erhöhen.

Schutz der Wälder

Der grösste Erfolg des Warschau-Gipfels ist der Schutz der Wälder, deren Abholzung für 15 Prozent der globalen CO_2-Emissionen verantwortlich ist. Hierzu müssen die «Waldländer» erst messen, wie viel Wald sie haben und wie viel pro Jahr gerodet wird. Auf dieser Basis können dann Erfolge beim Waldschutz gemessen werden. Zur Unterstützung dieser Länder gibt es ausserdem einen Fonds bei der Weltbank. Grossbritannien, Norwegen und die USA angekündigt, dass sie insgesamt 280 Millionen Dollar in diesen Fonds einzubringen gedenken.

Damit konnten die Klimaverhandler einmal mehr den Verhandlungsprozess vor der Irrelevanz bewahren. Der Abschluss mit mehr als 24 Stunden Verspätung zeigt aber, dass die Länder der Welt noch immer grosse Schwierigkeiten haben der gemeinsamen Herausforderung durch die Klimakrise eine gemeinsame Antwort entgegenzusetzen. Die Schweizer Delegation zeigte sich in einer Mitteilung des Bundesamts für Umwelt unzufrieden mit den Ergebnissen. Sie seien dürftig und unbefriedigend.

Die Luzerner alt Nationalrätin Cécile Bühlmann ist seit 2006 Stiftungsratspräsidentin von Greenpeace Schweiz. Die Umweltorganisation will nach St. Petersburg Lehren ziehen.

«Solche Aktionen sind unsere Stärke»

EVA NOVAK UND SERMIN FAKI

Cécile Bühlmann, nach zwei Monaten hat Russland den Schweizer Greenpeace-Aktivisten Marco Weber und seine Mitstreiter gegen Kaution freigelassen. Sind Sie erleichtert?
Cécile Bühlmann: Selbstverständlich hat uns die Nachricht gefreut, dass Marco Weber und die anderen Aktivistinnen und Aktivisten freigelassen wurden. Allerdings wissen wir noch nicht genau, ob und unter welchen Bedingungen er in Russland bleiben muss. Wir sind aber in ständigem Kontakt mit den Greenpeace-Leuten vor Ort und hoffen auf ein gutes Ende dieser Geschichte.

Bedauern Sie im Nachhinein betrachtet die Aktion?
Bühlmann: Ich bedauere den Ausgang, nicht aber die Aktion an sich. Dank ihr ist es uns gelungen, auf die Gefahren von Ölbohrungen in der Arktis aufmerksam zu machen. Zumal sechs Aktivisten einschliesslich Greenpeace-Direktor Kumi Naidoo die gleiche Bohrplattform bereits im vergangenen Jahr besetzt hatten und nur vorübergehend verhaftet wurden. So etwas kommt immer wieder vor, das sind wir uns gewohnt. Dass aber derart massive Straftatbestände konstruiert werden, ist schon einmalig.

Wird Greenpeace künftig zurückhaltender vorgehen?
Bühlmann: Sicher werden wir aus dem Erlebten Lehren ziehen müssen. Wir werden innerhalb von Greenpeace International darüber diskutieren, welche Risiken wir künftig eingehen wollen. Wir werden genauer hinschauen, mit welchen Ländern wir es zu tun haben. Es gibt Rechtsstaaten und Unrechtsstaaten. In Ländern wie China können wir nicht die gleichen Aktionen machen wie in der Schweiz. Dazu braucht es aber eine gründliche Analyse.

Wann wird diese vorgenommen?
Bühlmann: Mit Sicherheit wird es ein Thema am nächsten jährlichen Treffen der Verantwortlichen der 30 nationalen und regionalen Greenpeace-Büros sein, das kommenden Mai in Spanien stattfindet. Oder schon zuvor an einer Videokonferenz, an denen wir uns jeweils virtuell treffen. Das wird aber nichts daran ändern, dass Greenpeace auch in Zukunft mit solchen Aktionen auf Umweltprobleme aufmerksam machen muss.

Cécile Bühlmann

Sie gehen nicht davon aus, dass Greenpeace künftig auf heikle Aktionen ausserhalb der westlichen Welt verzichtet?
Bühlmann: Das kann ich mir nicht vorstellen. Solche Aktionen sind unsere Stärke. Mit ihnen erreichen wir die Leute und lancieren Themen. Das ist es, was uns auszeichnet. Von den Leuten, die uns unterstützen, höre ich immer wieder, dass es das ist, was sie an uns hervorragend finden: der Mut, das Hinstehen und der Einsatz der eigenen Person.

Wie hoch sind die finanziellen Folgen für Greenpeace?
Bühlmann: Weil es viel länger gedauert hat, kommt die Aktion teurer zu stehen als kalkuliert. Daran wird sich die Schweiz selbstverständlich mit namhaften Beiträgen beteiligen. Schliesslich sind wir im internationalen Vergleich kein armes Büro, sondern dürfen uns über grosse Unterstützung freuen. Von unseren Spendern haben wir ein Mandat, uns friedlich und hartnäckig für den Umweltschutz einzusetzen. Sie erwarten von uns, dass wir die Aktivistinnen und Aktivisten unterstützen, die sich mit uns in der Arktis und überall auf der Welt so kraftvoll für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen einsetzen.

Was heisst das?
Bühlmann: Als Stiftung erhalten wir Jahresbeiträge, die von einem Fünfliber bis zu namhaften Legaten von mehreren 100 000 Franken reichen. Letztes Jahr lag unser Budget bei rund 24 Millionen Franken.